

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 449

Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Dessau monatlich M. 1,50, vierteljährlich M. 4,50, drei Quartale M. 12,00, jährlich M. 16,50, vierteljährlich M. 4,50, sechs Quartale M. 13,50, jährlich M. 16,50.
Abbestellungsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 2861, täglich von 7 Uhr an Redaktion 5090 und 5010. — **Postfachnummer:** Leipzig 20612.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 12. September

Anzeigenpreis: Die Zeil. 30 mm breite und 10 mm hohe 20 ct. Die Zeil. 30 mm breite und 10 mm hohe 60 ct. Abon. nach Carl. Verl. 1000 Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 50, Fernruf Amt Kurfürst Ur. 6280
Eigent. Berliner Schriftleitungs- u. Verlags- und Druck von Otto Ehle, Halle-Saale

Die Entente zwingt zur Verfassungsänderung

Neueste Tagesnachrichten

- Der Oberste Rat hat beschlossen, Deutschland durch Unterzeichnung eines Protokolls, das von der Nationalversammlung ratifiziert werden soll, zur Veränderung der Verfassung zu zwingen.
- Die Regierung teilt nochmals mit, daß entgegen neueren Behauptungen eine Veränderung der Reichsverfassung Kapitel 61 nicht in Frage komme.
- Die Entente hat eine neue Note über Oberschlesien an Deutschland gerichtet.
- In Oberschlesien ist die Ruhe wieder ganz hergestellt. Die Streitigkeiten sind mehr ruhig als vor dem Streik.
- Nach einer Entschleunigung der Reichsregierung kommt das Reich für alle Schiedsrichter, die den Einzelstaaten durch den Vorkriegsvertrag entstanden sind.
- Scheidemann hielt in Kassel seine erste Rede nach dem Austritt aus der Schweiz. Sie ist als Rechtsetzung für seine politischen Fehler anzusehen.

Eine Oberschlesien-Note der Entente

Berlin, 11. September.
Auf Grund des Berichtes, den die in Oberschlesien unter Führung des Generals Druot wählende Entente-Kommission nach Paris gesandt hat, ist in Berlin eine Note der Entente eingegangen. Sie sich aus dem Inhalt der Note ergibt, nehmen die Alliierten in ihrem Urteil über die oberschlesischen Verhältnisse und den Vorkriegsvertrag einen durchaus objektiven Standpunkt ein. Von einer vorzeitigen Befreiung des oberschlesischen Gebietes kann, wie wir bereits gestern mitteilten, nicht die Rede sein.

Das Gift der Zwiertacht in Oberschlesien

Zentrum und Sozialisten im Kampf.
Von unserer H. Sonder-Beilage (Haller).
Die Streitigkeiten zwischen dem oberschlesischen Zentrum und den Reichstagsfraktionen nehmen trotz aller Ausgleichsversuchen ihren Fortgang. Das Zentrum erweist sich immer mehr als entschiedener Gegner der Regierung Hörsing, denn es als Widerstand der bundesstaatlichen Autonomie ansieht. Eine Verurteilung Preußens wird man sich in Oberschlesien auf keinen Fall gefallen lassen. Berlin bietet keine Garantie für die Wahrung des Polnischen als Amtssprache. Es tritt neuerdings eine bis vor nun in der Stille arbeitende Mission auf, die aus Oberschlesien einen Pufferstaat machen will, der sich weder an Deutschland noch an Polen anlehnt. Beide haben uns verweigert; wir wollen ein völlig unabhängiger Staat sein. Diese Verträge an der deutschen Sache, die eine Teilung Oberschlesiens hatten, dann aber abgelehnt wurden, wegen sich jetzt wieder heraus.

Beratungen über die besetzten Gebiete

In Frankfurt a. M. fanden unter Beteiligung der zuständigen Reichs- und einzelstaatlichen Regierungsvertreter, wie die Dena erfährt, wichtige Beratungen über die Frage der Verwaltung der im Westen besetzten Gebiete statt. Unter den Anwesenden befanden sich der Unterstaatssekretär Dr. Renold, der hiesige Staatspräsident, der Reichsfinanzminister für die besetzten Gebiete, der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Abgeordnete und Beamte.

Zunächst wurde darüber gefasst, daß die von den Franzosen wegen politischer Vergehen verurteilten Deutschen bei den deutschen Räten und Polizeibehörden nach keinen Rücksicht fänden. Als ganz besonders wichtig wurde die Entschleunigung der deutschen Behörden gegenüber den von den Besatzungsbehörden aus politischen Gründen betroffenen und ausgewiesenen Beamten bezeichnet. Die Absichten der Zentrumspartei in Bezug auf die Gründung neuer Staaten im besetzten Gebiet wurden von verschiedenen Seiten sehr mißtraulich betrachtet, und es gelang dem Zentrumsvorstand nicht, die Anwesenden von der Reinheit der Zentrumspolitik einwandfrei zu überzeugen. Der Vertreter Preußens, Regierungsrat v. Friedberg, trat zwar für die Beibehaltung eines ungeteilten Preußens ein, ohne jedoch der Entschleunigung zum Einheitsstaat seine Anerkennung zu verweigern. Unterstaatssekretär Dr. Renold

Amsterdam, 11. September.
Das neuterliche Büro meldet aus Paris vom 10., daß der Oberste Rat über die Antwort auf die deutsche Note mit Bezug auf die Förderung der Entfernung des Artikels 61 der deutschen Verfassung beraten habe. Er kam zu der Ansicht, daß die deutschen Bürgerkassen unannehmlich für und daß die deutsche Regierung bei allmählicher Reorganisation nach Paris einleiten muß, die ein Protokoll unterzeichnen, in dem alle Artikel der Verfassung, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind, für null und nichtig erklärt werden. Dieses Protokoll muß ebenso wie der Vertrag von Versailles von der Nationalversammlung ratifiziert werden.

Der Streit um die Verfassung des deutschen Reiches, deren Veränderung die Entente wegen der Anschließung mit Deutschland erwidern will, ist in ein neues Stadium gekommen. Es scheint, als ob die Ablehnung Deutschlands, den Artikel 61 durch die Nationalversammlung ändern zu lassen, einen gewissen Eindruck in Paris hervorgerufen hat, denn von allen Drogen, weitere Teile Deutschlands bei einer verneinenden Antwort militärisch zu belegen, ist nur eine neue Note übrig geblieben. Bevollmächtigte Vertreter sollen nach Paris kommen, um ein Protokoll zu unterzeichnen, das alle Artikel der Verfassung, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind, für null und nichtig erklärt. Der Streit ist also entbrannt. Es wird wieder einmal durch Vornahme der Veränderung der Reichsverfassung Kapitel, die der Entente nicht genehm sind, durchzuführen. Das beweist deutlich, wie wir in unserer Entschleunigung, selbst wenn sie das ureigene Wohl unseres Volkes angeht, unter die Kontrolle der Alliierten gestellt

berichtet über die relativ günstigen Ergebnisse der Verhandlungen in Versailles und brachte den Dank der Reichsregierung an alle zum Ausdruck, die unter eigener Gefahr jetzt das Deutschland hochhalten. Vor allem aber erklärte er es für außerordentlich wichtig, daß die ganze Presse des unglücklichen Deutschlands den Verhandlungen zur Erhellung deutlicher Landes- und deutscher Verhältnisse volle Aufmerksamkeit schenke und alle Bemühungen, die schon hierfür am Werke seien, weitgehend unterstütze.

Das Reich haftet für den Friedensschaden

Berlin, 11. September.
Die „A. F. N.“ erfahren: Der Anspruch Preußens, daß das Reich für alle aus dem Frieden für die Einzelstaaten entstehenden Schäden aufzukommen habe, wurde von der Reichsregierung einstimmig als begründet anerkannt. Ein dahingehende Erklärung der Reichsregierung dürfte in Kürze zu erwarten sein.

Diese Entscheidung ist insbesondere für Preußen von allergrößter Wichtigkeit, da durch die Abtretung des Ostens für Preußen ein außerordentlicher Schaden entstanden ist.

Oesterreichs Stände gegen das Rästelitem

Die Notwendigkeit der Bewahrung anerkannt
Wien, 11. September
Eine von Wiener Bürger- und Ständerrat veranfaßte Resolution, die die Notwendigkeit der Bewahrung anerkannt, enthält fremde Rästelitem und nahm eine Entschleunigung an, in der unter Erkenntnis zu den demokratischen Grundgedanken der Republik gegen eine Nebenregierung der Arbeiter- und Soldatenräte Stellung genommen und die Regierung aufgefordert wird, den vollen Freiheit und die Unverletzlichkeit des Eigentums zu sichern.

Den Ringer Klättern zufolge verformelte sich die Arbeiterschaft von Wien und mehreren Nachbargemeinden vor dem Gemeinderat Rathaus und forderte die sofortige Entfernung der Fremden. Die anwesenden Gemeindevorsteher mußten ausgeben, daß als Einnahme Ration für Einheimische bestimmte Mengen bereits an die Fremden auszugeben seien, was große Enttäuschung bei der Menge hervorrief. Der Vertreter der Bezirkskommission teilte der Menge mit, daß an der Störung der Verlegung durch die Entleitung der Zugänge die Entente die Schuld habe, und daß bezüglich der weiteren Verfolgung mit West und Ost beruhigende Aufklärung. Die Versammlung nahm eine Entschleunigung an, in der sie die Ablehnung mehrerer Beamten verlangte. Ein Gemeindevorsteher stellte in Aussicht, daß die Fremden zur sofortigen Abreise angehalten werden sollen. Die Versammlung ging ruhig auseinander.

Wie man sich den Anschluß dachte

Wien, 11. September.
Der frühere deutsch-österreichische Staatssekretär des Außenwesens Dr. Otto Bauer hat Mitteilungen über die sehr weit gehenden Anschlußverhandlungen gemacht. Die deutsch-österreichische Kriegsangelegenheit sollte vom Deutschen Reich mit-

find, die mit uns verfahren können wie mit einem Recht und Erlösen, der nur zu gehören hat. Der Wortlaut der Note war bis zum Schluß der Redaktion noch nicht bekannt.

Diese Meldung, die über das Ausland kommt, wird das Kabinett vor die Lösung einer neuen Frage stellen, denn bekanntlich hat gestern Abend noch die Regierung offiziell mitteilen lassen, daß an einer Veränderung der Reichsverfassung überhaupt nicht zu denken sei. Herr Erbacher ist in der Schweiz. Die Sommerhitze läßt in Berlin die freien Entschleunigungen des Kabinetts auf das bedenklichste, die ja ohnehin nicht berührt gewesen sind. Ob wir in Noten an die Alliierten uns drehen und wenden, ob wir immer wieder betonen, daß Deutschland nicht in der Lage ist, noch weitere Forderungen zu machen, es bleibt uns ja doch nichts anderes übrig, als unter Siegel auch zu dieser neuen Schandtat zu gehen, die das nicht man doch hoffentlich überall endlich einsehen, auch nur eine Folge der glorreichen Revolution und des Schmachtschreibens von Versailles ist.

Die Verfassung wird nicht geändert

Berlin, 11. September
Das B. F. D. meldet: Eine Bewegung in der „Nationalzeitung“ vom 10. September ist dahin zurückzuführen, als ob die Reichsregierung beabsichtige, die Nationalversammlung zur Veränderung des Artikels 61 der Verfassung einzuberufen. Es bedarf keine ausdrücklichen Hinweis darauf, daß diese Auffassung unrichtig ist. Die deutsche Regierung hat bekanntlich in ihrer Antwort auf die Entente in Hinblick, Paris schriftlich, daß der Artikel 61 nicht zu ändern ist, und daß die Verfassung des Reiches auf Grund des Artikels 178 der Verfassung als kraftlos zu betrachten ist, und daß demnach eine Veränderung der Verfassung nicht in Frage kommt.

Die Einzelheiten sollten an die deutsche Presse angeleitet werden. Die deutsch-österreichische Abtretung sollte in Deutschland volle Zustimmung finden, aber selbst durch einige Fälle noch gestützt bleiben. Für die Umwandlung der Abtretung sollte die Frage für mehr als eine halbe Jahr zurückgezogen werden. Die Hochschulen, Museen, Theater wären vom Reich erhalten werden. Man dürfte aber all dies nicht veröffentlichen, denn Deutschland fürchtete, daß ihm die Entente angeht, falls die Zustimmung auch noch die österreichischen Kriegssoldaten für sich unter der Hand zu besorgen. Der Reichsvon St. Germain ließe ganz Deutsch-Österreich keine Lebensmöglichkeit, müsse aber gehalten werden, weil nichts übrig blieb, als ihn zu unterzeichnen. Man müsse über diese Überzeugung hinwegkommen.

Reinhardt am Ziel

Die „A. F. N.“ erfahren, hören mit dem 1. Oktober die Kriegsministerien der einzelnen Länder zu bestehen auf und werden im Reichswehrministerium zu einer einzigen Befehlsstelle aufammengefaßt. Letzteres wird künftig in zwei Teile zerfallen, einen für die Landwehr und einen für die Marine. An die Spitze der Abteilung für die Landwehr wird voraussichtlich der bisherige preussische Kriegsminister Reinhardt treten, der damit aus dem preussischen Staatsministerium ausscheidet.

Die Bearbeitung der Vorkriegsgeschichte

Befehlsmäßig der Vorkriegsgeschichte.
Die „A. F. N.“ hört, liegt ein amtlicher Auftrag des Reichsministeriums an Herrn Professor Reinhold Barthold in Würzburg, den General Montgelas und Professor Schilling vor, die Veröffentlichung der Urkunden über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges, unter voller Benutzung des von Herrn und Frau Kauffmann gesammelten Materials, zu bearbeiten. Der Arbeitsplan ist so gedacht, daß Professor Reinhold Barthold die Urkunden über die politischen Vorgänge in den letzten Jahren vor dem Kriege gesammelt herausgibt, damit der Zusammenhang der österreichisch-österreichischen Kriege, die zum Kriege geführt hat, mit dem gesamten Komplex der Politik erhellbar wird. Die Arbeit des General Montgelas wird sich auf die Dinge, die mit dem Moment der russischen Gesamtmobilisation sich entwickeln, beziehen. Prof. Schilling's Arbeit bezieht sich auf die Publikation der diplomatischen Verhandlungen, die zwischen dem Nord von Serajewo und der russischen Gesamtmobilisation geführt worden sind. Wahrscheinlich wird dieser zweite Teil des ganzen Unternehmens, ebenso der dritte vor dem ersten Teil erhellbar, da die sogenannten russischen Urkunden in den ersten Teil einbehalten Material enthalten. Die Arbeit soll möglichst beschleunigt werden, da am 23. September der vorläufige russische Unterwerfungsschluß schon in Funktion treten wird, bis dahin das Material schon gedruckt vorzuliegen.

